



Büro der Synode

Drucksache Nr.
I / Teil A

3. Tagung der 10. Synode
der Evangelischen Kirche in Deutschland
in Magdeburg
7. bis 12. November 2004

B E R I C H T
des Rates
der Evangelischen Kirche in Deutschland

Teil A

Vertrauen erneuern

Bischof Dr. Wolfgang Huber

Inhalt

- I. Unser Land und unsere Kirche,
von China aus gesehen**
- II. Erosion des Vertrauens –
Erneuerung des Vertrauens**
- III. Vertrauen und Glaube**
- IV. Vertrauen und Vertrautheit**
- V. Vertrauen und Vertröstung**
- VI. Ein Pakt für das Vertrauen**
- VII. Vertrauen und Versöhnung**
- VIII. Kirche – Institution des Vertrauens**

Frau Präses, verehrte Ehrengäste, Hohe Synode, insgesamt: liebe Schwestern und Brüder!

Der Rat der EKD legt Ihnen in diesem Jahr seinen Bericht in zwei Teilen vor. Ein nur schriftlich vorgelegter Teil vermittelt einen Überblick über Arbeitsschwerpunkte des Rates im ersten Jahr nach der Wahl durch die Synode in Trier. Das geschieht in vier Abschnitten; in ihnen geht es um die Schärfung des kirchlichen Profils, die Wahrnehmung öffentlicher Verantwortung, die Wertung und Diskussion von Fragen der Bildung und die Vertiefung ökumenischer Beziehungen. In dem Teil, den ich Ihnen mündlich vortrage, will ich mich auf einen inhaltlichen Schwerpunkt konzentrieren, dem ich Schlüsselthemen zuordne, die uns als EKD und gemeinsam mit den anderen Leitungsgremien auch den Rat besonders beschäftigt haben. „Vertrauen erneuern“ – so heißt das Thema dieses Teils.

Das Stichwort des Vertrauens gibt mir Gelegenheit, den Dank an den Beginn zu stellen. Was liegt näher, als Ihnen, der Synode, dafür zu danken, dass Sie uns

vor einem Jahr Ihr Vertrauen gegeben haben? Der Dank erstreckt sich zugleich auf die Erfahrung, dass die gemeinsame Arbeit im Rat wie in der Kirchenkonferenz im zurückliegenden Jahr durch ein hohes Maß an gegenseitigem Vertrauen geprägt war, ja beflügelt wurde. Einbeziehen will ich in diesen Dank die Kammern, Kommissionen und Ausschüsse, die wir in den vergangenen Monaten berufen und mit einem Mandat ausgestattet haben, das von Vertrauen geprägt ist. Und besonders nennen möchte ich alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Kirchenamt der EKD, das Büro des Ratsvorsitzenden eingeschlossen, die es an kompetenter und weiterführender Arbeit und Mitarbeit in diesem Jahr wahrlich nicht haben fehlen lassen. Das gute Miteinander hat die Arbeit im Rat in diesem Jahr zu einer ermutigenden und erfreulichen Erfahrung gemacht. Das möchte ich in großer Dankbarkeit zu Beginn feststellen.

I. Unser Land und unsere Kirche, von China aus gesehen

Eine Delegation des Rates hatte im vergangenen Monat die Möglichkeit, von außen und von ferne auf unser Land und unsere Kirche zu schauen. China ist ein Land, in dem sich kommunistische Einparteiensherrschaft und kapitalistische Marktwirtschaft auf erstaunliche Weise verbinden. Ich halte es für wahrscheinlich, dass diese Verbindung noch lange dauern wird; für die Annahme, dass der Marktliberalis-

mus in China zwangsläufig auch eine gesellschaftliche Öffnung oder gar den Übergang zu demokratischer Pluralität nach sich zieht, sehe ich keine hinreichenden Anhaltspunkte. Eine Verbindung eigener Art geht in China auch die marxistische These vom allmählichen Absterben der Religion mit der Bereitschaft ein, Leben und Entfaltung der staatlich anerkannten und registrierten Religionen – unter Lei-

tung der kommunistischen Partei – zuzulassen. Beeindruckend ist das gemeindliche Leben, das sich unter solchen Voraussetzungen in den letzten zwei Jahrzehnten entwickelt hat.

Viele Christen in China haben noch die Erfahrungen der Kulturrevolution im Gedächtnis. So weit sie konnten, hatten die Rotgardisten den christlichen Familien ihre Bibeln abgenommen. Kirchengebäude standen für den Gottesdienst nicht mehr zur Verfügung. Bei den heimlichen Zusammenkünften in Privatwohnungen wagten die Versammelten zumeist nicht einmal, ein Lied anzustimmen – aus Furcht, dadurch entdeckt zu werden. Aller äußeren Merkmale ihres kirchlichen Lebens entkleidet, überdauerte eine kleine Schar von Christen diese Zeit und wurde so zum Ausgangspunkt eines erstaunlichen Gemeindegewachstums. Dieses Wachstum vollzieht sich in den nicht registrierten Hauskirchen genauso wie in den registrierten Gemeinden, die sich der Kontrolle durch die staatlichen Religionsbehörden unterwerfen wie auch in jenen, die sich dem zu entziehen versuchen. Zahlen sind nicht leicht zu bekommen; die offiziellen kirchlichen Angaben orientieren sich an der Zahl der Gottesdienstbesucher. Es ist ein ausgesprochen glücklicher Zug an dieser Kirche, dass sie die Zahl ihrer Mitglieder an der Zahl der Gottesdienstbesucher ablesen kann.

Voller Stolz halten diese Gottesdienstbesucher – schon am Sonntag Morgen um 8 Uhr in großer Zahl zum Gottesdienst versammelt – ihre Bibeln in der Hand und schlagen jede biblische Lesung nach. Obwohl Bibeln bis zum heutigen Tag nicht frei zugänglich, sondern nur an bestimmten Bibelverteilstellen zu erhalten sind, obwohl der Verzicht auf die Taufe von Kindern und Jugendlichen unter acht-

zehn Jahren wohl weniger auf theologischer Überzeugung als auf staatlichem Druck beruht, obwohl die Freiheit dieser Kirche eine in hohem Maß reglementierte und deshalb auch beschränkte Freiheit ist, strahlen diese Gemeinden eine große Zuversicht aus.

Zurückgekehrt fragt man sich, warum es in unserem Land und in unserer Kirche an einer vergleichbaren Zuversicht fehlt. Warum feiern wir die ungleich weitergehende Freiheit nicht, unter der wir leben? Fünfzehn Jahre liegt die friedliche Revolution des Jahres 1989 zurück, eine halbe Generation. Dass die Einheit Deutschlands in Freiheit möglich wurde und die Spaltung Europas ein Ende fand, ist das größte geschichtliche Geschenk, das unserer Generation widerfahren ist. In die Tage dieser Synode fällt der 9. November, an dem sich vor fünfzehn Jahren in Berlin die Mauer öffnete. Wir werden an diesem Tag als Synode zusammen sein, so wie auch vor fünfzehn Jahren am 9. November die Synode der EKD – damals in Bad Krozingen – tagte. Man brauchte damals ein wenig Zeit, um voll zu ermessen, was dieses Geschehen bedeutete. Heute ist es ein Teil unserer Geschichte.

Aus China bin ich mit der Frage zurückgekommen, ob die Verzagtheit, die in unserem Land und auch in unserer Kirche an so vielen Stellen wahrzunehmen ist, nicht Spuren der Undankbarkeit enthält. Die Erinnerung an die friedliche Revolution des Jahres 1989 und den Beitrag, den unsere Kirche zu ihr geleistet hat, kann ein Ansporn dazu sein, uns mit neuer Zuversicht den Aufgaben zuzuwenden, vor die Gott uns stellt – in unserer Kirche und in unserem Land.

Fünfzehn Jahre liegt die Wende hinter uns, eine halbe Generation. Die Zeit der Einheit in Freiheit dauert inzwischen län-

ger als Hitlers „tausendjähriges Reich“. Wie viel schwerer ist es aufzubauen als zu zerstören! Aber den Dank für das, was geschah, brauchen wir weder zu verschweigen noch klein zu reden. Wir wollen ihm vielmehr Raum geben – vor Gott und den Menschen.

Inzwischen ist entschieden, dass wir den Tag der Deutschen Einheit auch im nächsten Jahr am 3. Oktober begehen werden. Der Bedeutung dieses historischen Datums ist das angemessen. Eine andere Entscheidung hätte ich genau zum 15. Tag der Besiegelung der deutschen Einheit auch wirklich als unangemessen angesehen. Aber ich füge hinzu: Diesen – aber auch jeden anderen – Feiertag zu opfern, um dadurch eine geringe Erhöhung des Bruttoinlandsprodukts zu erreichen, leuchtet nicht ein. Denn zunächst müsste man dann erklären, warum deutsche Bundesländer mit einer verhältnismäßig großen Zahl von Feiertagen im Wirtschaftswachstum vergleichsweise gut dastehen. Aber selbst wenn man einen solchen Denkansatz einmal voraussetzt, müsste man anderen Wegen den Vorrang vor dem Eingriff in die gemeinsame freie Zeit der Menschen einräumen. Wer meint, das nötige Wirtschaftswachstum erfordere eine längere Arbeitszeit, sollte freilich auch erklären, wie dies dem allerwichtigsten Ziel dient, das wir dabei im Auge haben müssen – nämlich dem Abbau von Arbeitslosigkeit, und ich füge hinzu: der Ermöglichung für junge Menschen hier, in dieser Region zu bleiben.

Die Erfahrung des letzten Jahrzehnts lehrt: Der Weg, der mit dem Entzug des gesetzlichen Schutzes für den Buß- und Bettags beschränkt wurde, darf nicht fortgesetzt werden. Sollte unser Land tatsächlich aus triftigen Gründen eine längere Jahresarbeitszeit brauchen, gibt es dafür

andere Wege als solche Einschnitte in die Feiertage oder in die Sonntage. Die gemeinsame freie Zeit ist ein wichtiges Element unserer Sozialkultur. Um der Wirtschafts- und Haushaltsdaten eines Jahres willen sollte man nicht in Grundelemente der Sozialkultur eingreifen, die in Jahrhunderten gewachsen sind und auch um der künftigen Generationen willen wichtig bleiben. Eine positive wirtschaftliche Entwicklung bejahen wir, eine Ökonomisierung unseres gesamten Lebens und Denkens dagegen nicht.

Die Diskussion darüber, auf welchen Feiertag wir denn wohl am ehesten verzichten könnten, halte ich deshalb im Ansatz für verfehlt. Sie wird auch nicht besser, wenn Theologen sich an ihr beteiligen. Ich kann es nur für einen bedauerlichen Missgriff halten, dass Friedrich Schorlemmer in dieser Diskussion den Himmelfahrtstag zur Disposition gestellt hat mit der Begründung, die ich höflich ausdrücke: weil Männerausflüge doch auch am folgenden Sonntag möglich seien.

Als Kirche haben wir die Aufgabe, die Kultur der Sonn- und Feiertage zu prägen und neues Verständnis für ihren Inhalt zu wecken und sie nicht gering zu reden. Das verdient unsere gemeinsamen großen und auch neuen Anstrengungen. Deshalb ist es zu begrüßen, dass die Gestaltung der Gottesdienste und ihre Ausstrahlungskraft an vielen Orten neue Aufmerksamkeit finden.

II. Erosion des Vertrauens – Erneuerung des Vertrauens

Liebe Schwestern und Brüder, wer in Deutschland nach dem Schlüsselthema für das Jahr 2004 fragt, muss nicht lange suchen. „Vertrauen“ heißt dieses Schlüsselthema. Es steht im „Zentrum der Verlegenheiten unserer Zeit“. ¹ Johannes Raus letzte „Berliner Rede“ war diesem Thema gewidmet. ² Gesine Schwan hat das Stichwort „Vertrauen“ in das Zentrum ihrer öffentlichen Äußerungen vor der Bundespräsidentenwahl gestellt. ³

Bundespräsident Horst Köhler hat in seiner Antrittsrede um Vertrauen in die Zukunft Deutschlands geworben. ⁴

Eine so weit gehende Konzentration auf eine derartige Grundfrage ist in aller Regel ein deutlicher Hinweis auf etwas, was dringend fehlt. Hinter der Beschwörung des Vertrauens steht eine Verunsicherung des Vertrauens. Wie im persönlichen Leben enttäuschte Erwartungen zum Verlust von Vertrauen führen, so kann dies auch im öffentlichen Leben geschehen. Wie im persönlichen Leben kann sich auch im öffentlichen Leben die Frage stellen, wer überhaupt noch vertrauenswürdig ist. Gegenwärtig treffen allerdings unterschiedliche Entwicklungen darin zusammen, dass nicht nur von einer Verunsicherung, sondern von einer Erosion des Vertrauens gesprochen werden muss.

Die Furcht, Verwertungsinteressen seien wichtiger als ethische Verantwortung, höhlt das Vertrauen in die Wissenschaft aus. Der Vorrang von Einschaltquoten vor der Informationspflicht lässt das Vertrauen in die Medien schwinden. Die Wirtschaft büßt an Vertrauen ein, weil man ihr unterstellt, das Interesse am eigenen Profit sei wichtiger als das Interesse am Gemeinwohl. Gewerkschaften erleiden

einen Vertrauensverlust, weil viele Menschen nicht glauben, dass das Beharren auf erreichten Besitzständen den Weg zu einer Zukunft für alle erschließen kann. Die Politik hat an Vertrauen verloren, weil zu oft wesentliche Informationen vorenthalten wurden oder weil in wichtigen Fällen Regeln, die für alle gelten sollen, gerade im Feld der Politik nicht eingehalten wurden.

Der Vertrauensentzug, der dadurch ausgelöst wird, trifft nicht nur den Einzelfall. Er trifft das System. Von ihm nämlich wird dann gesagt, dass es sich jedem moralischen Grundkonsens entziehe und mit ethischen Minimalansprüchen unvereinbar sei. Aus enttäuschem Vertrauen wird Resignation gegenüber der gegebenen Form gemeinsamen Lebens überhaupt. Gesellschaftliche Reformprozesse, die gerade Vertrauen benötigen, verkehren sich in ihrer Wirkung in ihr Gegenteil; ihnen wird mit großem Misstrauen begegnet.

Gewiss sieht der demokratische Rechtsstaat die Gewährung von Vertrauen immer nur auf Zeit vor. Vertrauen wird auf Bewährung gegeben. Niemand darf im demokratischen Rechtsstaat an das Vertrauen der Staatsbürgerinnen und Staatsbürger appellieren, ohne zugleich einzuräumen: Dem Vertrauen korrespondiert die kritische Wachsamkeit. Im Zusammenhang politischer und sozialer Reformen die Erosion des Vertrauens und die Notwendigkeit des Vertrauens anzusprechen, bedeutet nicht, Vertrauen auf Kosten dieser Wachsamkeit einzufordern. Vielmehr muss heute beides zugleich erneuert werden: das Vertrauen, aber ebenso auch die Fähigkeit zur Kritik. Im öffentlichen Leben, insbesondere aber in der

Politik wird kritische Wachsamkeit immer die Begleiterin des Vertrauens bleiben.

Die Erosion des Vertrauens vollzieht sich auch auf biographischer Ebene. Das Selbstvertrauen vieler Menschen ist in Frage gestellt. Wie sollen sie Vertrauen in sich und ihre Kräfte entwickeln, wenn sie keine Arbeit haben? Ein hohes Maß an Arbeitslosigkeit ist nicht nur ein wirtschaftlicher Notstand; das ist sie auch. Sie ist aber vor allem ein Notstand für das Selbstwertgefühl der Menschen, die davon betroffen sind. In der Reform des Arbeitsmarktes muss es darum gehen, diesen Notstand zu beheben. Dafür aber muss das „Fördern“ genauso deutlich zu spüren sein wie das „Fordern“. Dafür treten wir als Kirche mit großer Beharrlichkeit ein.

Die Alterspyramide unserer Gesellschaft steht auf dem Kopf. Das Fundament für die Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft sind Kinder. Die Hoffnung auf Glück knüpft sich immer wieder an ihre Geburt und ihr Aufwachsen. Auch heute ist das so. Aber das Zutrauen zur Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft ist an einem Tiefpunkt angelangt. Auch an der Geburtenrate kann man das ablesen. Die Hoffnung auf Glück sucht sich andere Wege: im beruflichen Erfolg oder im materiellen Konsum, im kurzfristigen Erleben oder im Weg nach innen. Je weniger auf die Zukunft Verlass zu sein scheint, desto intensiver binden wir uns an die Gegenwart.

Und die Kirche? Auch unsere Kirche kämpft um das Vertrauen der Menschen. Es wird ihr nicht mehr aus Gewohnheit entgegengebracht. Sie muss es erwerben. Wenn Fortschritte auf diesem mühsamen Weg gelingen, ist das ein Grund zur Freude. Unter allen gesellschaftlichen Institutionen in Deutschland ist die evangelische Kirche die einzige, die vom Jahr 2003 zum

Jahr 2004 an Vertrauen bei den Menschen gewonnen hat. So weist es die Online-Untersuchung „Perspektive Deutschland“ aus.⁵ Eine heute veröffentlichte Umfrage zeigt, dass nach wie vor mehr als drei Viertel der Menschen hohe Erwartungen an den Dienst der Kirche in dieser Gesellschaft richten. Es ist nicht angemessen, diese Erwartungen mit der Behauptung klein zu reden, in der säkularisierten Gesellschaft gäbe es sie nicht mehr. Es gibt sie, und es ist unsere Aufgabe, ihnen zu entsprechen und nicht davon zu schleichen, da zu sein und auf diese Erwartungen zu antworten. Aber zugleich ist natürlich das andere wahr: Unter der allgemeinen Institutionenscheu, die sich unter der Herrschaft des Individualisierungsdenkens ausgebreitet hat, leiden wir als Kirche auch. Die Vorstellung, dass man auf die Frage nach dem Sinn des eigenen Lebens jeweils ganz allein die Antwort finden müsse, hindert noch immer viele Menschen daran, diese Antwort dort zu suchen, wo das Evangelium verantwortlich weitergegeben wird. Nach wie vor ist es schwer, dem Glauben entwöhnte Menschen mit der Botschaft zu erreichen, dass Gott uns nicht fallen lässt, nicht einmal in unserem Versagen. Und nach wie vor ist die aktive Teilnahme am Leben unserer Kirche bei weitem nicht so intensiv, wie wir das erhoffen. Denn bei aller Dankbarkeit für die distanzierte und fördernde Mitgliedschaft, in der viele Menschen der Kirche die Treue halten, muss man doch auch sagen: Zu wünschen ist, dass mehr Menschen ihren Glauben praktizieren – im Alltag ihres Lebens ebenso wie in der Gemeinschaft der Kirche. Jede und jeden einzelnen wollen wir dafür gewinnen.

Die Frage nach dem Vertrauen steht im Zentrum der Verlegenheiten unserer Zeit. Das kann uns als Kirche nicht gleich-

gültig sein. Denn Vertrauen ist ein Teil und ein Thema der Kirche selbst. Die Krise des Vertrauens in unserer Gesellschaft wie die Erfahrung von persönlichen Vertrauenskrisen muss uns dazu veranlassen,

III. Vertrauen und Glaube

Vertrauen ist ein Grundwort christlicher Existenz. Wenn Jesus die niedergedrückten Menschen, auf die er traf, wieder aufrichtete, so war das Entscheidende das Vertrauen, das er in ihnen wahrnahm: „Dein Glaube hat dir geholfen; geh hin in Frieden!“⁶ Der Glaube, den er den Menschen zusprach, ist in seinem Kern Vertrauen. Jesus weckte das elementare Vertrauen dazu, dass Gott für das Leben Gutes will.⁷ Gewiss ist das Gute nicht immer identisch mit dem Erwarteten. Aber der Blick auf das Gute, das Gott will, macht frei für den Blick in die Zukunft. Abraham und sein Glaube sind dafür ein Urbild geworden, das auch im Neuen Testament aufgegriffen wird: Er zog aus, weil sein Gottvertrauen gar keinen anderen Gedanken zuließ, als dass es Gott in allem gut mit ihm meinen würde. Jesus brachte Menschen dazu, sich dem Zutrauen zu öffnen und dafür so empfänglich zu werden, wie es an Kindern zu beobachten und zu lernen ist. „Wer das Reich Gottes nicht empfängt wie ein Kind, der wird nicht hineinkommen.“⁸ Auch das ist ein Leitwort für das Thema „Generationen“. Vertrauen im biblischen Sinne lässt sich wohl am genauesten so beschreiben: Aus gutem Grund von Gott Gutes erhoffen.⁹

Die Bibel beschreibt solche Übergänge zu einem Leben aus Vertrauen als Erfahrungen der Befreiung. Diese Erfahrungen ergreifen den einzelnen, aber sie gelten auch einem Kollektiv. Im Volk Israel,

genauer nachzufragen, worin denn ein Vertrauen begründet ist, das in Anfechtungen nicht zerbricht und aus der Krise herauszuführen vermag.

so beschreibt es die biblische Überlieferung, wird durch die Rettung aus äußerster Bedrängnis das Vertrauen geweckt, dass Gott der einzige Herr dieser Welt ist. Von dieser Erfahrung zu erzählen und dieses Vertrauen weiterzugeben, ist die grundlegende Pflicht im Verhältnis der Generationen. Denn nur, wer in einen solchen Erzählzusammenhang der Bewahrung hineingenommen ist, hält auch dann am Gottvertrauen fest, wenn er in eine ausweglose Lage gerät: „Und ob ich schon wanderte im finsternen Tal, fürchte ich kein Unglück; denn du bist bei mir; dein Stecken und Stab trösten mich.“¹⁰ Ein aus dieser Erzählgemeinschaft herausgerissener Glaube aber wird durch nichts mehr erschüttert als dadurch, dass in Gott gesetzte Erwartungen enttäuscht werden. „Riesige Kirchen“, so heißt es in dem Besucherbuch einer Krankenhauskapelle, „nennst du dein Eigentum, aber leider erfüllst du nicht die kleinste Bitte.“¹¹ Nicht jedoch in der Sicherheit, dass die eigene Bitte Erfüllung findet, sondern in der Gewissheit, dass Gottes Treue uns in unserem Leben trägt, uns immer wieder aufrichtet und letztlich Gutes werden lässt, wurzelt der Glaube.

Durch das kommende Jahr wird uns als Jahreslosung das Wort Jesu begleiten: „Ich habe für dich gebeten, dass dein Glaube nicht aufhöre.“¹² Christliche Vertrauensgewissheit gründet in der Autorität des bittenden Christus, der solches Ver-

trauen wecken und durch seinen Geist lebendig halten will.¹³ Wenn Christus selbst darum bittet, dass der Glaube *bleibt*, zeigt dies, dass auch er, der Bürge des Glaubens, die Verunsicherung des Vertrauens kennt. Es ist nicht an dem, dass wir als Christen der um uns her sichtbaren Vertrauenskrise die Vorstellung von einem unangefochtenen und unanfechtbaren Vertrauen entgegensetzen, dem jegliche Erschütterung fremd ist.

Dieser Gedanke führt zum Kern des biblischen Vertrauensbegriffs. Biblisches Vertrauen ist in seinem Kern Gottvertrauen, nicht Vertrauen auf das eigene Selbst. Michael Theunissen hat pointiert formuliert, dass sich im Glauben in *einem* Akt die Preisgabe des Vertrauens auf sich selbst mit dem Gewinnen des Vertrauens auf Gott verbindet.¹⁴ Genau dies meint Paulus mit einem Vertrauen, das aus dem Hören kommt, sich also der Anrede Gottes verdankt. Und es ist folgerichtig, dass er die Anerkennung des Menschen, die vor Gott gilt, nicht in den eigenen Werken, mögen sie auch dem Gesetz entsprechen, begründet, sondern allein im Glauben, der sich selbst der Gnade Gottes verdankt.¹⁵ Gewiss gibt es auch ein Selbstvertrauen des Glaubenden, wofür das Selbstbewusstsein des Paulus eindrucksvoll Zeugnis ablegt.¹⁶ Aber ebenso wie er sich in seinen Schwächen von Gott angenommen weiß, so ist ihm gewiss, dass auch die Stärken, aus denen sich solches Selbstvertrauen speist, ihren Grund in Gottes Gnade haben. „Aus Gottes Gnade bin ich, was ich bin.“¹⁷ Jedem Selbstvertrauen, das den Charakter des Selbstruhms oder der Selbstrechtfertigung trägt, wird ein Riegel vorgeschoben. Das Vertrauen, das die letzte Anerkennung unseres Tuns und Lassens in Gottes Hand legt, erweist sich als Grund alles Vertrauens überhaupt, ein

vom Selbstruhm freies Selbstvertrauen eingeschlossen. Einem Selbstvertrauen, das im Gottvertrauen gründet, wird durch eine solche Klärung also gerade der Entfaltungsraum eröffnet. Ein Selbstvertrauen, das davor bewahrt wird, zum Selbstruhm zu verkommen, gehört zu den Gaben Gottes, von denen Johann Scheffler – auch Angelus Silesius genannt – sagt: „Gott, weil er groß ist, gibt am liebsten große Gaben, ach, dass wir Armen nur so kleine Herzen haben“¹⁸.

Es ist dieser Grundzug, der die enge Verbindung zwischen der reformatorischen Theologie und dem Denken des Apostels Paulus begründet. Die reformatorische Einsicht beginnt nicht mit der Frage des Menschen nach sich selbst, sondern mit der Frage nach Gott. Luther fragt nicht zuerst: Wer bin ich? Sondern er fragt: Wer ist der, mit dem ich spreche, wenn ich bete?¹⁹ Dass mit Gottes Gerechtigkeit diejenige Gerechtigkeit gemeint ist, durch die Gott uns gerecht macht, und nicht diejenige, mit deren Hilfe wir uns selbst vor Gott als gerecht darstellen können, folgt daraus mit zwingender Konsequenz. Die reformatorische Rechtfertigungslehre hat es mit diesem eindeutigen und unumkehrbaren Verhältnis zwischen Gottvertrauen und Selbstvertrauen zu tun. Deshalb ist die Gemeinsame Erklärung zur Rechtfertigungslehre, die vor fünf Jahren in Augsburg feierlich bekräftigt wurde, vor allem eine Aufforderung an uns selbst, als Kirche der Reformation die Botschaft der Rechtfertigung klarer zum Leuchten zu bringen. In der Krise des Vertrauens, die wir gegenwärtig durchleben, ist nichts wichtiger, als das in ihr angelegte Verhältnis zwischen Gottvertrauen und Selbstvertrauen neu bewusst zu machen.

Darin besteht der erste Beitrag, den wir als Kirche dazu leisten wollen, die Vertrau-

enskrise unserer Gegenwart zu überwinden.

IV. Vertrauen und Vertrautheit

Abraham ist ein biblisches Urbild des Vertrauens. Das Vertrauen des aufbrechenden Abraham besteht nicht darin, dass er das Vertraute sucht. Sondern er ist sich der guten Führung Gottes gewiss. Vertrauen ist deshalb von Vertrautheit deutlich zu unterscheiden.²⁰ Vertrautheit meint das verlässliche Orientiertsein in den Gegebenheiten meines Lebens. Vertrautheit schöpft nicht nur aus den Erfahrungen der Vergangenheit, sondern sucht sie auch immer wieder auf. Vertraut ist mir, woran ich mich gewöhnt habe. Vertrautheit ist herkunftsbezogen und setzt Überschaubarkeit voraus; der Wunsch nach solcher Überschaubarkeit steigert sich mit der Unübersichtlichkeit der Verhältnisse. Der Wunsch nach regionaler Beheimatung – politisch wie kirchlich – ist ein bekanntes Indiz für diesen Wunsch nach Vertrautheit. Eine neu aufkommende Suche nach verlässlichen Traditionen entspringt eben diesem Wunsch.

Solche Vertrautheit ist gewiss ein hohes Gut. Aber man sollte sie nicht mit Vertrauen verwechseln. Denn Vertrauen ist in die Zukunft gerichtet.

Vor genau fünfzig Jahren fand der Kirchentag in Leipzig statt, der Kirchentag mit der sensationellen Beteiligung einer halben Million Menschen an der Schlussversammlung. Bei diesem Kirchentag hielt Klaus von Bismarck eine Rede, an die ich nach genau einem halben Jahrhundert deshalb erinnern will, weil sie zeigt, wie ein Christ aus Vertrauen die Freiheit vom Vertrauten gewinnen kann. „Die Freiheit des Christen zum Halten und Hergeben“ –

so hieß der Titel dieser mutigen kurzen Rede.²¹ Zum ersten Mal bekannte sich ein Heimatvertriebener, der seinen Grundbesitz östlich von Oder und Neiße verloren hatte, öffentlich dazu, dass er sein Eigentum hatte hergeben müssen und darauf keinen Anspruch mehr erhob. Wörtlich sagte Klaus von Bismarck: „Mein Herz sucht in diesem Augenblick die Wiese, die Felder und Bäume in meiner alten Heimat in Pommern. Ich sehe keinen Weg, um offen und nüchtern zu sein, dorthin zurückzugelangen ohne Krieg und neue große Schrecken. Ich will nicht zurück für diesen Preis.“

An diese Sätze musste ich denken, als nun, fünfzig Jahre später, Besitzansprüche auf ehemals deutsches Gebiet dergestalt wieder vorgebracht wurden, dass daraus ein Entschädigungsanspruch gegen die polnische Seite abgeleitet wurde. Er wird unabhängig davon proklamiert, dass eine jahrzehntelange Praxis des Lastenausgleichs in Deutschland darauf zielte, den aus ihrer Heimat Vertriebenen einen neuen Anfang zu ermöglichen.

Klaus von Bismarcks Rede von 1954 gehört zu den Impulsen, die schließlich in die Ost-Denkschrift der EKD – „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn“ heißt der genaue Titel – von 1965 mündete. Vierzig Jahre wird das im kommenden Jahr zurückliegen. Jenseits der Alternative von „Verzicht“ und „Anspruch“ suchte die Ostdenkschrift nach einem Weg der Versöhnung. Dieser in der Geschichte unserer Kirche wohl wichtigste

Friedensbeitrag sollte „in einzelnen Schritten Akte der Versöhnung mit den östlichen Nachbarn möglich“ machen.²²

Damit trat ein neuer Aspekt des Vertrauens in den Blick, nämlich die Möglichkeit vertrauensbildender Maßnahmen. Ihre wichtigste Voraussetzung bestand in der Bereitschaft, die eigene Position aus der Perspektive des anderen zu sehen. Die Politik der Entspannung, die Bereitschaft zum friedlichen Wandel und die Vereinigung Europas sind Prozesse, die sich auch vielen anderen Einflüssen verdanken, die aber zugleich etwas von dem Geist widerspiegeln, den die EKD vor nahezu vierzig Jahren in ihrer Ostdenkschrift zur Sprache brachte. Für diesen Geist treten wir auch heute ein – gerade im Verhältnis zu unseren osteuropäischen Nachbarn, die seit dem 1. Mai dieses Jahres mit uns zusammen zur Europäischen Union gehören. Meine herzliche Bitte ist, die Debatte über Entschädigungen in einem solchen Geist zu beenden und die Frage, wie man des Geschehens der Vertreibung gedenkt, in diesem Geist zu gestalten.

V. Vertrauen und Vertröstung

Wie ein vergangenheitsorientiertes, so gibt es auch ein zukunftsorientiertes Missverständnis von Vertrauen. Die Interpretation von Vertrauen als „Reduktion von sozialer Komplexität“²⁴ hilft nicht nur dazu, Vertrauen von Vertrautheit zu unterscheiden; sie enthält vielmehr zugleich die Gefahr eines Missverständnisses in sich: so als gelte es, – ganz vertrauensvoll – die eigenen Ansprüche abzusenken und sie für ein erst in der Zukunft zu erreichendes Ziel zurückzustellen. Diesem Missverständnis gilt ja die Rede von einem „naiven“ Ver-

trauen ist immer mit einem Sich-verlassen verbunden – und zwar in dem doppelten Sinn, der diesen Ausdruck auszeichnet. Denn Sich-verlassen bedeutet sowohl, von sich selbst abzusehen, als auch, sich auf einen anderen ganz einzulassen.²³ Und dieses Vertrauen korrespondiert einem Versprechen, das ein solches Sich-verlassen weckt und auslöst. Wer bei sich bleibt, muss sich mit der Unbeständigkeit der eigenen Person abfinden. Wer sich dazu entscheidet, bleibt in einem ungunstigen Sinn des Wortes eigenverantwortlich und letztlich überfordert. Wer sich nicht verlässt, fühlt sich verlassen, vielleicht sogar unfrei oder – weil von den verschiedenen Deutungsmöglichkeiten der einen Wirklichkeit umher geschoben – orientierungslos. Gottvertrauen dagegen vermittelt einen Standpunkt im Leben.

Deshalb ist beides nötig: sich in Gottesdienst und Gebet des Vertrauensverhältnisses zu Gott zu vergewissern und im Alltag des Lebens an Vertrauensverhältnissen zu arbeiten und sie zu erneuern.

trauen, das sich nicht von bloßer Vertröstung unterscheiden lässt.

Die Unklarheit, ob man es mit Vertrauen oder mit Vertröstung zu tun hat, prägt auf eine eigene Weise die gegenwärtige Reformdebatte. Manchmal scheint es so, als stehe der Begriff der Reform für ein Sich-Schicken in unangenehme Wahrheiten, das deshalb erträglich sein soll, weil doch am Ende des Tunnels alles wieder in ein freundlicheres Licht getaucht sein wird. In der Regel wird dabei die Wiederkehr des Wirtschaftswachstums als die

Lösung verheißen, die alle Sorgen vertreibt.

Vertrauen hängt jedoch in Wahrheit davon ab, ob Menschen für sich selbst oder für andere erwarten können, dass die Dinge sich zum Besseren wenden. Dafür ist entscheidend, ob sie an einer Wende zum Besseren beteiligt und zu ihrer Mitgestaltung befähigt werden. Deshalb habe ich in einer Grundsatzrede zur Reformdebatte Beteiligung und Befähigung als Schlüsselemente der sozialen Gerechtigkeit bezeichnet und hinzugefügt: „Dass eine große Zahl von Menschen von der Möglichkeit ausgeschlossen ist, durch Erwerbsarbeit für den eigenen Lebensunterhalt aufzukommen, erweist sich als die größte Herausforderung. ... Die individuellen Chancen zu aktiver Beteiligung zu erhöhen, ist eine Schlüsselaufgabe des sozialen Staats. Aktive Beteiligung erschöpft sich dabei keineswegs in Erwerbsarbeit,

sondern schließt die anderen, für die Gesellschaft ebenso wichtigen Formen von Arbeit und Engagement mit ein. Besonders zu nennen sind bürgerschaftliches Engagement sowie die Familien- und Erziehungsarbeit, der in unserer Gesellschaft die gebotene Anerkennung immer noch fehlt. ... Wenn wir als Christen darauf bestehen, dass das ‚Fördern‘ genauso wichtig genommen wird wie das ‚Fordern‘, dann tun wir dies aus der Überzeugung, dass in jedem als Gottes Ebenbild geschaffenen Menschen Potentiale liegen, die darauf warten, fruchtbar gemacht zu werden. Die Befähigung dazu, von diesen Potentialen Gebrauch zu machen, ist die unabdingbare Voraussetzung für Selbstverantwortung; sie aber ist die Grundlage eines selbstbestimmten Lebens. Befähigungsgerechtigkeit ist deshalb ein Schlüssel zur sozialen Gerechtigkeit überhaupt“²⁵

VI. Ein Pakt für das Vertrauen

Vertrauen ist überhaupt nur deshalb notwendig, weil wir uns, um leben zu können, auf eine Zukunft einstellen müssen, die wir nicht vollständig überblicken können. Vertrauen sucht nach Gründen für die Erwartung, dass es mit dieser Zukunft gut gehen wird, dass ihre Risiken sich bändigen lassen, dass Leben gelingt. Es hält sich an die Zusage, dass Gott Gutes mit uns vorhat, und fördert deshalb Verlässlichkeit unter den Menschen.

Das sind Gesichtspunkte, die wir als Kirche in die Suche nach neuem Vertrauen einbringen. Wir belassen es nicht dabei, den Verlust an Vertrauen zu beklagen und die Vorgänge zu benennen, die zur Erosion des Vertrauens beitragen – obwohl auch das immer wieder nötig ist, oh-

ne falsche Scheu und Zurückhaltung. Doch Klage und Anklage allein schaffen noch kein Vertrauen. Sie zeigen im günstigsten Fall, warum es fehlt.

Zur Erneuerung von Vertrauen wollen wir dadurch beitragen, dass wir an unserem Ort das Gottvertrauen als den Grund allen Vertrauens zwischen Menschen und den entscheidenden Maßstab auch für alles Selbstvertrauen leben und predigen.

Die Erneuerung von Vertrauen wollen wir dadurch fördern, dass wir um Verlässlichkeit im menschlichen Miteinander werben: um das Einhalten von Versprechen in den persönlichen Lebensbeziehungen von Ehe und Familie, um den Einsatz von Vertrauen in die nächste Generation, um eine Atmosphäre, in der die Freude an Kindern

und die Bereitschaft, für sie Verantwortung zu übernehmen, wieder wachsen.

Damit Vertrauen sich erneuert, erwarten wir von allen Menschen in öffentlicher Verantwortung, dieser Verlässlichkeit Raum zu geben. Ohne einen solchen Grundkonsens kann es kein Vertrauen in die Grundregeln einer Gesellschaft geben. Dies gilt ausdrücklich auch für Inhaber wirtschaftlicher Leitungspositionen. Sie tragen genauso öffentliche Verantwortung. Sie können und dürfen sich dieser Rechenschaftspflicht nicht entziehen. Wer beispielsweise - was mich in den letzten Tagen unmittelbar beschäftigt hat - von Fördergeldern oder Steuererleichterungen zur Industrieansiedlung profitiert hat, ist verpflichtet, verantwortlich mit ihnen umzugehen. Empfänger von Spitzengehältern oder überhöhten Abfindungen sollten sich an die Einsicht des amerikanischen Sozialphilosophen John Rawls erinnern, dass gesellschaftliche Unterschiede daran zu messen sind, ob sie auch für die am wenigsten Begünstigten einen Zuwachs an Freiheit bewirken können. Ich hätte mir diesen Satz an der Wand des Düsseldorfer Gerichtssaals gewünscht, in dem der Mannesmann-Prozess stattfand.

Um der Erneuerung von Vertrauen willen mahnen wir die politisch und wirtschaftlich Verantwortlichen dazu und unterstützen sie darin, dem Wort Reform

wieder seinen guten Klang zurück zu geben. Reformen sind dazu da, das Vertrauen der Menschen in die Zukunft zu stärken. Von einer Reform kann man nur dann reden, wenn Menschen sich auch für die Zukunft bei allen bleibenden Unsicherheiten und Risiken darauf verlassen können, in dieser Gesellschaft gut aufgehoben zu sein. Von einer Reform kann dann die Rede sein, wenn sie unsere Fähigkeit bewahrt, für die Schwächsten einzutreten und ihre Würde zu achten. Von einer Reform des Sozialstaats ist zu erwarten, dass durch sie der Sozialstaat erhalten und zukunftsfest gemacht wird.²⁶

Wir begrüßen es, dass in diesen Tagen ein Ombudsrat eingesetzt wird, der die Arbeitsmarktreformen begleitet. Aber wir brauchen mehr: Wir brauchen einen gesellschaftlichen Dialog über das Ziel des gegenwärtigen Reformprozesses wie über die Wege zu diesem Ziel. Nur dann wird das Wort „Reform“ den guten Klang wiedergewinnen, der ihm gebührt.

Wir wollen als evangelische Kirche dazu beitragen, dass in einem solchen ehrlichen und zukunftsorientierten Sinn das Vertrauen in unserer Gesellschaft erneuert wird. So wollen wir beitragen zu einem Pakt, der das Vertrauen erneuert.

VII. Vertrauen und Versöhnung

Das Engagement für Vertrauen lohnt sich auch deshalb, weil es einen festen Zusammenhang zwischen Vertrauen und Versöhnung gibt. Der Ruf zum Gottvertrauen ist auch ein Ruf zur Versöhnung – weil der Gott, dem wir vertrauen, uns in den Dienst der Versöhnung ruft.²⁷ Recht

verstanden, kann man sogar vom Vertrauen als einer Investition reden, die sich als Versöhnung auszahlt. Verdeutlichen will ich das an einem „der dunkelsten Kapitel in der gemeinsamen Geschichte Deutschlands und Namibias“.²⁸ Es ist damit auch eines der dunkelsten Kapitel in der Ge-

schichte unserer Kirche. Ich sage dies schon jetzt im Blick auf diejenigen, die im Laufe dieser Synodaltagung als Vertreter der Kirchen in Namibia oder als Nachkommen der Opfer jenes Völkermords, den unsere Vorfahren an ihren Vorfahren begangen haben, bei uns zu Gast sind.

In diesem Jahr 2004 begehen wir den einhundertsten Jahrestag des Aufstands der Herero, der Nama und der Damara im damaligen Deutsch-Südwestafrika. Ich sehe eine große Geste des Vertrauens darin, dass deren Vertreter gerade in diesem Jahr unsere Synode besuchen. Wir verstehen dieses Vertrauen als eine ausgestreckte Hand, die wir ergreifen wollen mit der Bitte um Vergebung durch Gott und die Menschen für alles Unrecht, das von Deutschen an diesen afrikanischen Völkern begangen wurde, im Bewusstsein unserer heutigen Verantwortung für die Situation der Menschen und der Kirchen in Namibia, im Gebet für ein vertrauensvolles Miteinander unserer Kirchen und Nationen. Wir ergreifen diese ausgestreckte Hand in der Hoffnung, dass Vertrauen Versöhnung stiftet. Dankbar erinnere ich an die unter Berufung auf das Vaterunser, das Gebet Jesu Christi, ausgesprochene Bitte um Vergebung der deutschen Schuld, die Bundesministerin Heidemarie Wiczorek-Zeul aus diesem Anlass formuliert hat, und an den Kommentar von Bischof Zephania Kameeta, der dies als eine „bahnbrechende Erklärung“ und „ehrliche Vorgehensweise“ der Ministerin gewürdigt und auf dieser Grundlage einen „neuen Umgangston“ in den wechselseitigen Beziehungen festgestellt hat.²⁹ Für die Evangelische Kirche in Deutschland erbitte ich, dass dieser Geist der Vergebung und der Versöh-

nung unseren gemeinsamen Weg als christliche Kirchen in Namibia und in Deutschland bestimmen möge.

Von demselben Gedanken lasse ich mich leiten, wenn ich mich einem ganz anderen Thema zuwende. Es ist meine feste Überzeugung, dass das Verhältnis Europas zur Türkei nur im Geist des Vertrauens eine positive Gestalt annehmen kann. An dieser Stelle spüren wir gegenwärtig eine verbreitete Unsicherheit im Verhältnis zu dem, was doch in Wahrheit zusammen gehört: dem Aufbau eines Vertrauens, das falsche Vorurteile hinter sich lässt, und dem Mut zur wechselseitigen kritischen Befragung, ohne die auf Dauer verlässliche Beziehungen gar nicht entstehen können.

Europa und die Türkei sind miteinander auf einem Weg, auf dem Vertrauen nur Schritt für Schritt wachsen kann. In ihrer Empfehlung vom 6. Oktober hat die Europäische Kommission die unbestreitbaren Fortschritte der Türkei bei politischen und rechtlichen Reformen gewürdigt. Aber sie hat dem kritische Hinweise hinzugefügt. Sie betreffen die Bereiche der Menschenrechte, der Religionsfreiheit, der Minderheitenrechte und der Situation der Frauen. Im Blick auf den Schutz elementarer Grundrechte muss man fordern, dass zunächst die Unumkehrbarkeit des Reformprozesses in der Türkei bestätigt wird, bevor weitergehende Erwartungen geweckt werden.

Mit der Erklärung der Europäischen Kommission vom 6. Oktober wie mit dem zu erwartenden Beschluss des Europäischen Rats im Dezember ist keine Beitrittsgarantie verbunden. Sie darf auch nicht damit verbunden sein. Den europäischen Institutionen muss es ernst mit der Erwartung sein, dass die Türkei in verlässlicher Weise die Prinzipien von Freiheit,

Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten nicht nur proklamiert, sondern auch einhält.

Für die Evangelische Kirche in Deutschland bildet die bisherige Leugnung des Genozids an den Armeniern durch die Türkei ein gravierendes Beitritts Hindernis. Dieses Problem wird in den Empfehlungen der Europäischen Kommission nicht namentlich genannt. Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, dass die Beitrittsperspektive für die Türkei zur Verbesserung bilateraler Nachbarschaftsbeziehungen „auf der Linie des Prinzips der Versöhnung, auf dem die EU gegründet ist“, führen sollte. Ich bedauere, dass man darin allenfalls einen indirekten Hinweis auf das Problem des Genozids an den Armeniern sehen kann. Ich hätte mir von der Europäischen Kommission einen ausdrücklichen Hinweis auf dieses Problem gewünscht.

Nicht nur die christlichen Kirchen, sondern auch die Europäische Kommissi-

on stellt erhebliche Defizite im Bereich der Religionsfreiheit fest. Hinweise auf die Situation der nicht-muslimischen, insbesondere christlichen Minderheiten der Türkei haben wir der Europäischen Kommission immer wieder vorgetragen. Sie sind einer der Gründe dafür, warum wir eine Entscheidung für den Beginn von Beitrittsverhandlungen nach wie vor mit großer Zurückhaltung betrachten.

Die europäische Strategie, den instabilen Balkan und die im Umgang mit den Menschenrechten noch immer labile Türkei durch eine Integration in die Europäische Union dauerhaft zu befrieden und mit der Aufnahme der Türkei Europas Verhältnis zur islamischen Welt positiv zu beeinflussen, stellt eine schwierige Gratwanderung dar. Die Frage, ob eine privilegierte Beziehung der Türkei zur Europäischen Union nicht der bessere Weg ist, wird sich auch beim weiteren Umgang mit diesem Thema immer wieder stellen.

VIII. Kirche – Institution des Vertrauens

Es gibt keine andere Institution, die so viel für die Erneuerung von Vertrauen tun kann wie die Kirche. Kirchen und Gemeinden sind Orte, denen sehr viel Vertrauen entgegengebracht wird. Dass sie das Vertrauen zu Gott verkündigt, verpflichtet die Kirche dazu, selbst ein Ort des Vertrauens zu sein; das ist eine konkrete Form, in der sich die Zusammengehörigkeit von Zeugnis und Dienst der Kirche zeigt. Im Gottvertrauen findet ein Mensch einen Lebensgrund, aus dem die Bereitschaft zum Vertrauen auf andere wie zum Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten wächst. Vertrauen öffnet den Blick auf die Vorgegebenheiten des eigenen Lebens, denen ich mich verdanke, die ich mir aber

nicht selbst gegeben habe und auch nicht geben kann. Vertrauen bezieht sich auf eine Tiefenschicht unserer Existenz, über die wir keine Verfügungsgewalt besitzen.

Eine Kirche, die aus dem Vertrauen lebt, ist zugleich eine um Vertrauen werbende Kirche. Deshalb muss sie die Widerstände ernst nehmen, die einer Anerkennung der Kirche selbst als einer Institution des Vertrauens entgegenstehen. Die Verlässlichkeit des kirchlichen Handelns ist meiner Beobachtung nach vor allem von zwei Seiten in Frage gestellt. Der eine Vorbehalt bezieht sich auf das Grundgeschehen der Kirche. Der Gottesdienst, den sie feiert, wird oft eher als eine Einübung in Vertrautheit denn als eine Werbung um

Vertrauen verstanden. Der andere Vorbehalt stützt sich auf den allgemein zu beobachtenden Vertrauensschwund in Institutionen; ein Vorbehalt ist dies, der auch vor der Kirche nicht Halt macht.

Die Erneuerung von Vertrauen – das müssen wir denen außerhalb der Kirche zurufen – ist um der Menschen willen nötig, nicht um der Kirche willen. Doch uns in der Kirche müssen wir zurufen: Um der Kirche willen, nämlich um unseres Auftrages willen, ist es nötig, bei den Menschen um eine Erneuerung des Vertrauens zu werben. Vertrauensbildende Maßnahmen liegen im ureigenen Interesse der Kirche wie im ureigenen Interesse der Menschen außerhalb der Kirche. Sieben solche vertrauensbildende Maßnahmen will ich nennen:

1. Vertrauen bildet sich durch den einladenden Charakter einer Gemeinde oder einer Kirche. Vertrauen als Grundlage jeder Gemeinde erneuert sich im Gottesdienst und wirkt zugleich nach außen. Wo eine Gemeinde nicht aus dem Gottesdienst lebt, wird ihr die entscheidende Vertrauensgrundlage fehlen. Wo sie aber nicht hinausgeht, sich der Öffentlichkeit stellt und sich dieser öffnet, wird es keine Gelegenheit geben, sie als vertrauenswürdig kennen zu lernen.

2. Vertrauen bildet sich insbesondere über die Beziehung zur Pfarrerin oder zum Pfarrer, auch zu anderen kirchlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, aber doch in einem ganz besonderem Maß zu diesen besonderen Trägern von Vertrauen. Diese Personen stehen in besonderer Weise für die Vertrauenswürdigkeit nicht nur der Gemeinde, sondern oft auch der ganzen Kirche. Verlässlichkeit im Kleinen wie im Großen bildet deshalb eine ebenso wichtige Voraussetzung für Vertrauensbildung wie die aktive Zuwendung zu Gruppen, die

der Gemeinde beziehungsweise der Pfarrerin oder dem Pfarrer misstrauisch gegenüber stehen. „Das Vertrauen der Gemeindeglieder ist die entscheidende Basis pastoralen Handelns.“³⁰

3. Wie unmittelbar kirchliches Handeln auf Vertrauen angewiesen ist, zeigt sich beispielhaft an der seelsorgerlichen Verschwiegenheit als elementarem Baustein kirchlicher Vertrauenswürdigkeit. Sie muss als hohes Gut von der Kirche bewahrt, aber auch vom Staat geachtet werden.

4. Das Priestertum aller Glaubenden gehört zur besonderen Vertrauensstruktur der evangelischen Kirche. Es ist ein unschätzbare Reichtum unserer Tradition. Den damit verbundenen Schwierigkeiten müssen wir standhalten. Vertrauen wird am ehesten dann wachsen, wenn unterschiedliche Auffassungen offen ausgetragen und in transparenten Verfahren gefundene Lösungen fair akzeptiert werden.

5. Vertrauen gewinnen Kirchen und Gemeinden auch durch ihr Bildungsengagement und durch ihre diakonische Präsenz. Wir sind als Kirche dazu verpflichtet, mit diesem Pfund zu wuchern und die Bildungsinstitutionen wie die diakonischen Einrichtungen unserer Kirche unter den schwierigen Bedingungen der Gegenwart zukunftsfähig zu machen.

6. Auch kirchenleitende Organe sind in diese Überlegung einzubeziehen. Unverständnis und vielleicht auch Misstrauen entstehen durch die Undurchsichtigkeit unserer kirchlichen Strukturen. Dadurch verfestigen sich Vorurteile. Vertrauen setzt Transparenz der Strukturen und Ehrlichkeit im Umgang mit eigenen Schwierigkeiten voraus. Gewiss sind Strukturen weder heilsnotwendig noch selig machend. Doch dass wir beim Jüngsten Gericht nicht danach gefragt werden, wie wir unsere Verantwortung für auftragsgemäße Strukturen

wahrgenommen haben, würde ich nicht als sicher voraussetzen. Strukturen, die verständlich sind und Beteiligung ermöglichen, brauchen Vertrauen; aber sie schaffen und fördern auch Vertrauen.³¹

7. Das Vertrauen in die Kirche bemisst sich auch an der Glaubencourage ihrer Vertreterinnen und Vertreter, an der Vertrauenswürdigkeit ihres öffentlichen Worts. Immer wieder neu müssen wir den Mut gewinnen, uns aufgrund des Gottvertrauens ganz der Welt zuzuwenden, um in ihr christliche Verantwortung zur Geltung zu bringen.

Dann werden wir gute und vertrauenswürdige Zeugen des Gottes sein, der unserer Welt seinen Sohn Jesus Christus anvertraut hat. Dann können wir uns an die Gewissheit halten, die Martin Luther - am Ende muss er hier doch zitiert werden - so formulierte: „Ist der Glaube und das Vertrauen recht, so ist auch dein Gott recht, und wiederum, wo das Vertrauen falsch und unrecht ist, da ist auch der rechte Gott nicht. Denn die zwei gehören zuhauf, Glaube und Gott. Woran du nun (sage ich) dein Herz hängst und worauf du dich verlässt, das ist eigentlich dein Gott.“³²

¹ „Vertrauen – eine Chiffre im Zentrum der zeitgenössischen Verlegenheiten“ heißt eine mehrteilige, noch unabgeschlossene Konferenzserie der Stiftung Schloss Neuhausen.

² Johannes Rau, Berliner Rede vom 12. Mai 2004.

³ Gesine Schwan, Politik und Vertrauen. Rede in Bonn am 3. Mai 2004, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 2004.

⁴ Horst Köhler, Antrittsrede vom 1. Juli 2004.

⁵ Vgl. www.perspektive-deutschland.de

⁶ Lukas 7,50; vgl. Lukas 8,28; 17,19; 18,42. Vgl. Dazu Margot Käßmann / Joachim Wanke, Heute seine Stimme hören. Das Lukasevangelium als Jahresbegleiter, Freiburg-Basel-Wien 2003.

⁷ Vgl. auch die Spiegelung dieser Erfahrung in der Theologie des Paulus in Römer 8.

⁸ Markus 10,15; Lukas 18,17.

⁹ So möchte ich eine Formulierung von W. Härle abwandeln. Vgl. W. Härle, Dogmatik, Berlin 1995, 58: „'Vertrauen' meint das Sich-bestimmen-Lassen eines Menschen zur Hingabe an ein Gegenüber in der Hoffnung auf Gutes.“

¹⁰ Psalm 23, 4 f.

¹¹ Vgl. Christine Holch, Fürbitten, in: *chrismon* 02/2004, 26-32.

¹² Lukas 22,32.

¹³ Vgl. Eberhard Jüngel, Die Autorität des bittenden Christus, in: ders., *Unterwegs zur Sache*, München 1972, 179-188.

¹⁴ M. Theunissen nach einem Diskussionsbericht in: Richard Schenk (Hg.), *Kontinuität der Person. Zum Versprechen und Vertrauen*, Stuttgart-Bad Cannstatt 1998, 180.

¹⁵ Römer 3,21ff.

¹⁶ Vgl. beispielsweise Römer 1,17: „Ich schäme mich des Evangeliums nicht.“ Aber die anschließende Begründung verweist sogleich auf den Grund dieses Selbstvertrauens: „Denn es ist eine Kraft Gottes ...“.

¹⁷ 1. Korinther 15,10.

¹⁸ Als Kanon: Evangelisches Gesangbuch 411.

¹⁹ Theunissen, a.a.O.

²⁰ Vgl. Niklas Luhmann, *Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität*, Stuttgart 1968.

²¹ Klaus von Bismarck, Die Freiheit des Christen zum Halten und Hergeben, in: *Fröhlich in Hoffnung. Der Deutsche Evangelische Kirchentag 1954 in Leipzig*, Stuttgart 1954, 123-125; vgl. *Kirchliches Jahrbuch 1954*, 21 f.

²² Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn, in: *Die Denkschriften der Evangelischen Kirche in Deutschland 1/1*, Gütersloh 1978, 126.

-
- ²³ Zu diesem Zusammenhang von Vertrauen und Sich-verlassen vgl. Joachim von Soosten, Vertrauen. Kreditsysteme im Fokus von Rhetorik und Topik, in: Ders., Kreditrahmen. Kontinuität und Differenz von Religion und Kultur, Habilitationsschrift Heidelberg 2004, 187 ff.
- ²⁴ N. Luhmann, Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität, Stuttgart 1968.
- ²⁵ Vgl. Wolfgang Huber, Um der Menschen willen. Welche Reform brauchen wir?, in: epd-Dokumentation. Rede am 30. September 2004 in Berlin, in: epd-Dokumentation 42/2004, 4-12.
- ²⁶ Vgl. Wolfgang Huber, Um der Menschen willen - Welche Reform brauchen wir? Rede am 30. September 2004 in Berlin, in: epd-Dokumentation 42/2004, 4-12
- ²⁷ Vgl. 2. Korinther 5, 17-21.
- ²⁸ So Manfred Kock im Jahr 2000. epd-Dokumentation 39/40/2004, 43
- ²⁹ Pressemitteilung der Vereinigten Evangelischen Mission, Wuppertal, 18. August 2004.
- ³⁰ Isolde Karle, Der Pfarrberuf als Profession. Eine Berufstheorie im Kontext der modernen Gesellschaft, Gütersloh 2001, 235.
- ³¹ Vgl. Reiner Strunk, Vertrauen II, in: Theologische Realenzyklopädie XXXV, Berlin 2003, 73-76 (74).
- ³² M. Luther, Großer Katechismus, Auslegung zum ersten Gebot, in: Evangelische Bekenntnisse, II, Bielefeld 1997, 46.